



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/188 - 21. August 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 33
Fernschreiber 0886690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Es geht vorwärts Zum Telegramm Chruschtschows an den Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod"	49
2 - 3	Jetzt erst recht - Kampf dem Atomtod! Von Max Brauer Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	99
4	Merkwürdiges Frankreich Staatsbegräbnis für Kommunisten	39
5	Unkluge Zurückhaltung Geächtete algerische Studenten haben es schwer	42
6 - 7	Herr Freusker zieht um Sonderbare Rechnung des ehemaligen Wohnungsbauministers	79

* * * * *
* * * * *

Zur Beachtung: In der nächsten Ausgabe des SPD-Pressedienstes
schreibt Eugen Kogon zum "Fall Riesele".

Es geht vorwärts

sp - Seit der Oberste Sowjet beschloss, die Atomwaffenversuche in der Sowjetunion einzustellen und die anderen Atomkräfte aufforderte, das gleiche zu tun, sind fünf Monate vergangen. Die erste Reaktion des Westens auf die damalige Entscheidung der Russen war: "Propaganda". Dann wurde man etwas vorsichtiger und sagte, die Russen hätten gut reden, man könne ja kaum kontrollieren, ob sie nicht doch ihre Atomexplosionen fortsetzten. Etwas später schlug Präsident Eisenhower aber doch vor, Experten untersuchen zu lassen, ob Kontrollmöglichkeiten gegeben sind. Kluge Schachspieler, die die Russen sind, gingen sie sofort auf diesen Vorschlag ein, und schon im Juli konnten sich die Atomexperten aus Ost und West in Genf treffen. Das Ergebnis ihrer Beratungen liegt jetzt vor. Trotz Nahost-Krise und anderer Sorgen atmet die Welt auf. Es gibt Kontrollmöglichkeiten für Atombombenexplosionen!

Mittwoch Abend hat nun Präsident Eisenhower erkennen lassen, dass auch die USA unter Umständen bereit sein würden, ihre Atomwaffenversuche einzustellen. Ob sie mit dieser Entscheidung warten wollen, bis die Engländer ihren "letzten" Versuch unter Dach und Fach haben, steht noch nicht fest. Aber alles in allem: es geht vorwärts, die Mächtigen dieser Welt scheinen doch noch nicht von allen guten Geistern verlassen zu sein.

Wir dürfen in der Bundesrepublik heute mit bescheidenem Stolz feststellen, dass es auch bei uns Männer und Frauen gibt, die einen Anteil an dieser Entwicklung haben. Der Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod" hatte vor Beginn der Genfer Expertenkonferenz die Staatsoberhäupter aufgefordert, ihren ganzen Einfluss zur Geltung zu bringen, um die Beratungen der Wissenschaftler im positiven Sinne zu fördern. Heute kann der Ausschuss unter anderem das Antworttelegramm Chruschtschows auf diesen Appell veröffentlichen. Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR bringt darin zum Ausdruck, dass die von ihm geführte Regierung gewillt sei, mitzuhelfen, um alle erforderlichen Bedingungen zur allgemeinen Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen zu schaffen.

Man könnte auch jetzt wieder sagen "Propaganda", und gewiss wird man hier und dort dieses Wort in den nächsten Tagen hören oder lesen. Aber so einfach ist die Sache nicht. An dem Telegramm Chruschtschows fällt auf, dass es kaum einen der sonst aus Moskau kommenden scharfen Angriffe auf die Westmächte anhält. Es ist darin nicht von "Kriegstreibern" die Rede, und nur ganz vorsichtig wird angedeutet, dass man schon weiter sein könnte, wenn der Westen gleich mitgezogen hätte. Ton und Inhalt des Chruschtschow-Telegramms, das ja auf dem Wege über den Empfänger - den Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod" - auch der interessierten Westmächter zur Kenntnis gelangen wird, deuten an, wie sehr Chruschtschow bemüht zu sein scheint, das internationale Gespräch über die Einstellung der Atomwaffenversuche mit Aussicht auf ein positives Ergebnis in Gang zu halten.

Hierin liegt die Bedeutung dieses Telegrammwechsels. Über die Appelle und Kundgebungen hinaus, die von dem Arbeitsausschuss in der Bundesrepublik als Beitrag zur Aufrüttelung der Gewissen gedacht waren und sind, hat er jetzt auch einen Beitrag zur Auflockerung der allgemeinen Spannungen zwischen Ost und West geleistet. Das ist eine gute Sache, zu der man die Mitglieder des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod" nur beglückwünschen kann.

Jetzt erst recht - Kampf dem Atontöd! *)

Von Max Brauer

Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Nach meiner Rückkehr aus Amerika bin ich immer wieder nach meiner Meinung über den Spruch des Bundesverfassungsgerichtes vom 30. Juli 1958 gefragt worden. Da ich zu den Mit-Initiatoren der beabsichtigten Volksbefragung gehörte, fühle ich mich dazu verpflichtet, mich nicht nur über diese Karlsruher Entscheidung, sondern auch über die Gesamtsituation zu äussern.

Es geht nach meiner sehr ernststen und wohlervogenen Überzeugung um viel mehr als eine formale Entscheidung. Es geht, auf der Ebene der deutschen Bundespolitik, darum, ob wir die Priorität der Meinungsfreiheit des Staatsbürgers noch achten und auch darum, ob wir den Staatsbürger angesichts gefährlicher politischer Entwicklungen noch aufrufen dürfen, seine warnende Stimme zu erheben. Auf der Ebene der sogenannten atomaren Weltpolitik aber müssen wir nach der alarmierenden Warnung der von der JNO befragten Atomwissenschaftler endlich auch in Deutschland den Mut aufbringen, in unseren Zeitungen klar auszusprechen, dass der atomare Selbstmord der Menschheit durch die Entfesselung unkontrollierbarer Strahlungsschäden bereits begonnen hat.

Zur formalen Seite des Karlsruher Spruchs: Selbstverständlich ist der Hamburger Senat verfassungsrechtlich gehalten, den Spruch des Bundesverfassungsgerichts zu respektieren und zu befolgen. Die Volksbefragungen in Hamburg, Bremen und Hessen können also nicht stattfinden. Unsere Besorgnisse gegenüber den zunehmenden Gefahren des Atomwettrüstens werden durch den Karlsruher Spruch nicht im mindesten verringert. Im Gegenteil: Unsere Besorgnisse sind gewachsen, weil das Ventil der freien Meinungsäußerung im Rahmen einer Volksbefragung mit formal-verfassungsrechtlichen Begründungen verstopft worden ist. Das Volk kann seine Sorge und seine Verzweiflung nicht mehr signalisieren. Ich kann deshalb nicht umhin, ganz persönlich meiner stärksten Beunruhigung Ausdruck zu geben. Diese Beunruhigung wird von vielen Freunden der Freiheit, des Friedens, der Mäßigung und der Vernunft geteilt.

Meine persönliche Meinung ist, dass der Spruch von Karlsruhe zwar der formal bestehenden "repräsentativen" Demokratie in der Bundesrepublik Rechnung tragen mag, dass aber andererseits mit diesem Urteilsspruch ein beunruhigendes Missverhältnis zwischen dem repräsentativen demokratischen Formalismus und den Lebensbedürfnissen einer demokratischen Gemeinschaft entstanden ist.

Wir haben innerhalb der Bundesrepublik auf vielen Gebieten restaurative Tendenzen festzustellen und zu beklagen. Diese restaurativen Tendenzen tragen höchst bedenkliche autoritative Züge. Ich gebe zu, dass mich Haltung und Entscheidung auch mancher Bevölkerungskreise enttäuschen, die ihre Pflicht zur Mitverantwortung lieber auf scheinbar "mächtige Personen" und Institutionen delegieren und sich lieber dem Gewohnheitsdenken überlassen, als dass sie bereit

*) Erschienen in "Vorwärts"

wären, sich durch einen notwendig gewordenen Kurswechsel beunruhigen zu lassen.

Dieser Kurswechsel ist beispielsweise in der Schicksalsfrage der Beteiligung Deutschlands und anderer Mächte am Atomwetterüstet erforderlich. Wissenschaftler, Staatsmänner, Physiker und selbst manche militärischen Sachverständigen haben längst erkannt, dass die Atomwaffe nicht mehr den Charakter einer blossen Defensivwaffe besitzt. Wird das atomare Potential eingesetzt, vernichtet es der Verteidiger wie den Angreifer. Solange es nur zwei grosse Atom-Machtblöcke gibt, kann die Furcht die beiden Antagonisten bedrängen und vielleicht noch von Kriegen und Abenteuern abschrecken. Vermehrt man jedoch die Zahl der Atomkräfte, so wird die Gefährdung des Friedens durch Steigerung des Faktors der Unberechenbarkeit potenziert.

Das ist die Situation, angesichts derer die Bevölkerung dreier deutscher Bundesländer um ihre Meinung zu Problemen befragt werden sollte, die während des Bundestagswahlkampfes nicht zur Diskussion gestellt worden sind. Deshalb wäre es nach meiner Überzeugung auch demokratischer gewesen, wenn das Bundesverfassungsgericht der Bevölkerung Gelegenheit gegeben hätte, in der bundesdeutschen Demokratie mitzudenken und mitzuhandeln. Die Einschränkung der Mitwirkung des Volkes auf die blosser Teilnahme an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften verstärkt den autoritären Charakter der derzeitigen Bundesregierung.

Nach den bitteren Erfahrungen, die Frankreich in der letzten Monaten machen musste, wird es in verhängnisvoller Weise klar, dass die Entwicklung in autoritären Demokratien deren Regierungen in unmittelbarer Nähe des Diktators führt, die es immer geliebt haben, sich heuchlerisch als stärkste Bekämpfer des Totalitarismus auszugeben. So muss befürchtet werden, dass der Spruch von Karlsruhe, in einer geschichtlichen Betrachtung, mit verhängnisvollen Entscheidungen verglichen werden kann, die wir im deutschen Reich vor 1933 erlebt haben.

Da der Spruch von Karlsruhe die Ausserungsmöglichkeiten des Staatsvolkes deutscher Bundesländer einschränkt, ist dieser Spruch auch ein schwerer Schlag gegen den Föderalismus. Der Spruch von Karlsruhe beweist weiter, dass die Bundesregierung dort, wo ihre Position moralisch und politisch schwach wurde, sich in den Schutz formaler Rechtskonstruktionen flüchtete, statt dem Votum des die Demokratie fundierenden und ausfüllenden Volkes zu vertrauen. Einem Justizorgan wurden Entscheidungen und Aufgaben übertragen, die ihrem Wesen nach nicht formal gelöst werden können. Durch den Spruch von Karlsruhe ist mein Vertrauen auf die demokratische Weiterentwicklung in der Bundesrepublik tief erschüttert worden.

Meine Hoffnung ist, dass das deutsche Volk zur Besinnung kommt, nicht noch einmal einer Massensuggestion erliegt und sich der Illusion der Gefahrlosigkeit ergibt.

Den Versuchen, mit heimmungslosem Einsatz von Geldmitteln die Wahlergebnisse zu beeinflussen, muss mit Schärfe entgegengetreten werden. Der Kampf gegen die saltatmörderische Aufrüstung mit Atomwaffen geht weiter. Auch der Spruch von Karlsruhe ändert nichts daran, dass das Wetterüsten den Frieden nicht sichert, sondern gefährdet; die Wiedervereinigung unmöglich macht und die Spaltung Deutschlands verewigt; die unheilvolle Zerklüftung innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik vertieft und die Möglichkeiten für eine einheitliche Aussenpolitik von Regierung und Opposition zusehends macht.

Merkwürdiges Frankreich

s- Paris

Frankreich ist das Land, das seinen Freunden immer wieder Rätsel aufgibt. Ereignisse, die in anderen Staaten von grossen Diskussionen begleitet werden, gelten hier als selbstverständlich.

So auch jetzt wieder. Während in vielen Ländern der westlichen Welt primitiver Antikommunismus das Gesetz des gesellschaftlichen Seins und politischer Handlung bestimmt, ehrt Frankreich einen seiner bekanntesten Kommunisten durch ein Staatsbegräbnis. Frédéric Joliot-Curie, namhaftester französischer Atomwissenschaftler, Vorsitzender des kommunistischen Weltfriedensrates und prominenter französischer Kommunist, wurde mit den Ehren eines grossen Staatsmannes zur letzten Ruhe geleitet. Im Hof der altehrwürdigen Pariser Universität, der Sorbonne, war die sterbliche Hülle von Joliot-Curie auf einem Ehrengrammal zwischen den Statuen Victor Hugos und Pasteurs aufgebahrt. In seiner Trauerrede beklagte der Hochkommissar für Atomenergie, Francis Perrin, den Verlust, der durch den Tod des Gelehrten "nicht nur der Universität und der französischen Wissenschaft, sondern der ganzen Welt erwächst." De Gaulles Erziehungsminister Berthoin gedachte des illustren Verstorbenen und nannte ihn einen grossen Sohn Frankreichs, dem das Vaterland verdanke, dass es als erste Nation der Welt über einen Atommeiler verfügen konnte. In Trauerfolge sah man nicht nur die Elite der französischen Wissenschaft, sondern auch die Spitzen der Regierung und der Armee.

In keiner der grossen Pariser Zeitungen, in keinem der vielen Nachrufe wurde der "Kommunist" Joliot-Curie erwähnt. Dabei war dieser Mann keineswegs ein nur in der Stille der Gelehrtenstube oder des Laboratoriums arbeitender Wissenschaftler. Er gehörte dem Zentralkomitee der KP Frankreichs an und liess selten eine politische Situation vorübergehen, ohne nicht öffentlich seine persönliche Meinung dazu zu äussern. Allerdings hat er sich im November 1956 als Präsident des kommunistischen Weltfriedensrates nicht geschaut, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn zu fordern. Aber er blieb Mitglied der Kommunistischen Partei bis zu seinem Tode.

Frankreich sieht darüber hinweg. Es verneigt sich vor dem grossen Wissenschaftler, es ehrt die menschliche Leistung und bringt vor der Majestät des Todes die Politik zum Schweigen. Die grössten und prächtigsten Kränze am Grabe von Joliot-Curie waren von Staatspräsident Coty, Ministerpräsident de Gaulle und - vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs...

+ + +

Unkluge Zurückhaltung

sp - In der Bundesrepublik wächst die Anzahl farbiger Studenten. Viele, sehr viele Afrikaner sind darunter. In den grösseren Städten fallen sie nicht so auf, im kleinen Bonn aber beispielsweise begegnet man ihnen auf Schritt und Tritt. Man studiert gern in Westdeutschland.

Auch die algerischen Studenten möchten gern in die Bundesrepublik kommen. Aber das ist nicht einfach. Seitdem im Februar die französische Regierung den Nationalverband der algerischen Studenten verboten hat, halten sich die westlichen Regierungen - nicht nur die bundesdeutsche - betont zurück. Es gibt keine offiziellen Stipendien, man will es sich nicht mit Frankreich verderben. In der Bundesrepublik studieren nur fünf Algerier.

Weit über tausend algerische Studenten haben aus ihrer Heimat flüchten müssen, die meisten sind nach Tunesien und Marokko gegangen. Nur etwa 150 sind nach Europa ausgewichen. Die einen haben das Studium aufgeben müssen, die anderen placken sich mit irgendwelchen Nachtarbeiten ab, das nötige Geld zu verdienen und am Tage müde und zerschlagen die Hörsäle aufzusuchen. Wenn es Studenten gibt, die wirklich bittere Not leiden, dann sind es die algerischen. Ihre politischen Sympathien liegen naturgemäss ganz auf Seiten ihres kämpfenden Volkes. Doch diese Haltung honoriert im Westen niemand: die kämpfenden Algerier firmieren als Rebellen, als Ungesetzliche. Wer von dort kommt, ist verdächtig und gefährdet die guten politischen Beziehungen seines Gastlandes zu Frankreich.

Es ist bezeichnend, dass den geflüchteten algerischen Studenten bisher in den USA, England, Kanada, Norwegen, Österreich und Guatemala nur ganze 15 Stipendien zur Verfügung gestellt worden sind. Und diese Stipendien kommen ausschliesslich von den nationalen Studentenverbänden - die Regierungen wollen nichts damit zu tun haben. Dagegen studieren heute schon 14 Algerier allein in der Sowjetzone. Pankow hält für alle geflüchteten algerischen Studenten - und in den übrigen Ostblockstaaten ist es nicht anders - die Arme weit geöffnet. Jeder, der nur eben will, kann ein Stipendium bekommen.

Der Verband deutscher Studentenschaften sieht diese Entwicklung mit tiefer Sorge. Er will alles tun, um auf privatem Wege Freiplätze für Algerier an den deutschen Hochschulen zu organisieren. Das ist eine gute Sache, der man nur jeden erdenklichen Erfolg wünschen kann. Meldungen, wonach sich westdeutsche Industrien der algerischen Studenten annehmen wollen, berechtigen zu einem gewissen Optimismus. Es wäre jedoch klug und nützlich, wenn sich die Bundesregierung zu einer liberaleren Haltung durchringen könnte. Die jungen Algerier, die sich hier technisch, geistes- und naturwissenschaftlich weiterbilden wollen, tragen keine Bomben in der Tasche.

+ + +

Herr Preusker zieht um

K.J. Wenn es für Millionen von Bundesbürgern heute eine Sorge gibt, die ihnen bis unter die Haut geht, dann ist es die Sorge um eine Wohnung. Streng gerechnet, fehlen heute rund drei Millionen Wohnungen, soll auch der letzte Wohnungssuchende zufriedengestellt sein.

Bewirtschaftung - das ist ein schlimmer Begriff, der unangenehme Erinnerungen weckt. Für alle jene aber, die heute noch bei den Wohnungsämtern nach einem eigenen Dach überm Kopf Schlange stehen, hat er leider seine höchst gegenwärtige Bedeutung. Als im ersten Bundestag der sozialdemokratische Abgeordnete Klabunde die Vorstellungen der Opposition von einer gesunden und vernünftigen Wohnungspolitik Westdeutschlands entwickelte - die schliesslich dann im ersten Wohnungsbaugesetz ihren Niederschlag fanden -, stand im Mittelpunkt immer das Ziel: Schluss mit der Wohnungsbe-
wirtschaftung zum frühestmöglichen Termin!

Erschreckend ist die Feststellung, dass es heute immer noch nicht ohne die Wohnungsrationierung geht. Bundesvertriebenenminister Oberländer plädierte vor einigen Monaten, offenbar unter dem Eindruck der Flüchtlingsnot, sogar für eine strengere Wohnungsbe-
wirtschaftung - später hat er das dann modifiziert, weil er mit solcher Äusserung bei seinen Kabinettskollegen ins Fettröpfchen getreten war. . . .

Das sagt die Statistik: in der Bundesrepublik gibt es heute noch 485 000 Notwohnungen; 70 000 Flüchtlinge hausen in Lagern; dreieinhalb Millionen Familien wohnen als Untermieter - das ist jeder fünfte Haushalt. Allein an zwei Tagen dieser Wochen kamen 1500 Flüchtlinge aus der Zone, jede Woche kommen rund 3500 Spätaussiedler. Wie soll man ohne Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums auskommen, wenn die Neubauten ewig hinter dem Bedarf einherhinken?

In dieser Situation fordert der ehemalige Bundeswohnungsbau-
minister Preusker, jetzt Präsident des Zentralverbandes der Haus-
und Grundbesitzer, die erträgliche Aufhebung der Wohnraumbewirt-
schaftung und höhere Mieten. Seine Rede, in Göttingen vor den nieder-
sächsischen Haus- und Grundbesitzervereinen gehalten, ist ein ein-
ziger Sturmhauf gegen die Gesetze der Logik und der Moral. Seiner
Auffassung nach gibt es eine Wohnraumnöte nur infolge der Bewirt-
schaftung der Wohnungen. Zwar gesteht der heutige Hausbesitzer-
präsident zu, dass die ehemalige Rechnung seines Ministeriums -
nar sprach voriges Jahr von 1,4 Millionen fehlenden Wohnungen -
richtig sei, der "echte" Bedarf liege im Grunde aber nur bei 400 000
Wohnungen. Der Restbedarf von einer Million erstreckte sich auf
Einraumwohnungen.

Und hier setzt der Hausbesitzerpräsident Preusker eine genial-verworrene Rechnung auf: Eine Million Menschen, die heute als Einzelmieter in Zwei- und Dreizimmerwohnungen lebten, sollten umziehen - wohl in die Einzimmerwohnungen, die noch nicht da sind. Aber werden die Leute das auch freiwillig tun? Preusker hat ein Mittel dafür: die Mietpreiserhöhung! Auf diese Weise würde auf die widerpenstigen Einzelmieter in den grösseren Wohnungen ein unwiderstehlicher Druck ausgeübt.

Wir können das beim besten Willen nicht recht einsehen. Gewöhnlich handelt es sich bei den Einzelmietern, die Herr Preusker meint, um gutsituierte Leute, die aus ihrer Wohnung nicht heraus wollen. Und selbst wenn sie wollten: die erhöhte Miete müßten dann die Wohnungsnachfolger zahlen. Man gewinnt bei dem ganzen Rechenkunststück des Hausbesitzerpräsidenten den klaren Eindruck, dass es sich einzig und allein um die von seinem Verein seit Jahr und Tag geforderte Aufhebung der Mietpreisbindung handelt, die mit neuen sozialen Krampfarumenten verschleiert wird. Und im übrigen wollen leider viele Hausbesitzer in der Wohnungsvergabe tun und lassen, was sie wollen. Das ist alles.

Der Mieterbund sagt mit Recht, dass erst dann die Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben werden kann, wenn sich wieder jeder "Vermieter nach einem Mieter sehnt", wenn das Angebot die Nachfrage übertrifft. Sehr richtig wird festgestellt, dass von einer Beseitigung der Wohnungsnot erst dann die Rede sein kann, wenn eine Vermietungsreserve von etwa fünf Prozent des Gesamtbestandes an Wohnungen vorhanden ist. Die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung würde auch nicht eine einzige neue Wohnung schaffen. Dagegen kann man sich ausrechnen, was in solchen Fälle geschähe: Gewisse Hausbesitzer würden sich ihre Mieter nur noch nach Geldbeutel und Nase aussuchen, aus Tausenden von Wohnungen würden gewinnreich zu vermietende Büros und Lagerräume, die sozial Schwachen kämen aus ihrer Wohnungsnot überhaupt nicht mehr heraus.

Nichts ist wichtiger als ein Ende mit der Wohnraumbewirtschaftung! Aber dazu bedarf es als Voraussetzung der Schaffung von ein paar Millionen neuer Wohnungen. Man kann den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun, solch sich dabei nicht die Wohnungssuchenden stellvertretend für die Hausbesitzer die Beine brechen. Nur wer genug hat, braucht nicht mehr einzuteilen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel